

Betreff:

Jahresbericht 2015 des Jobcenters Braunschweig

Organisationseinheit: Dezernat V 50 Fachbereich Soziales und Gesundheit	Datum: 09.05.2016
---	----------------------

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für Soziales und Gesundheit (zur Kenntnis)	07.04.2016	Ö

Sachverhalt:

In der Anlage wird Ihnen der Jahresbericht 2015 des Jobcenters Braunschweig zur Kenntnis gegeben.

Dr. Hanke

Anlage/n:

Jahresbericht 2015 des Jobcenters Braunschweig



Jobcenter Braunschweig, Willy-Brandt-Platz 7, 38102 Braunschweig

**An die Mitglieder
des Sozialausschusses
der Stadt Braunschweig**

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht:
Mein Zeichen: 503.1
(Bei jeder Antwort bitte angeben)

Name: Herr Petersen
Durchwahl: 0531 80177-3010
Telefax: 0531 80177-3333
E-Mail: marc.petersen@jobcenter-ge.de
Datum: 07.03.2016

1. MITTEILUNG

Jahresbericht 2015 und Ausblick 2016

Nachfolgend erhalten Sie den Jahresbericht 2015 des Jobcenters Braunschweig:

Inhaltsverzeichnis

1. Finanzen	2
1a Bundesleistungen	2
1b kommunale Leistungen: Kosten der Unterkunft und Heizung & sonstige Leistungen	2
1c Bildung und Teilhabe (BuT).....	2
2. Wesentliche Arbeitsmarktpolitische Instrumente / flankierende Leistungen	3
2a Arbeitsmarktpolitische Instrumente	3
2b Arbeitsgelegenheiten	4
2c flankierende Leistungen	4
3. Statistik	5
3a Bedarfsgemeinschaften	5
3b Arbeitslose und Unterbeschäftigung	5
3c Arbeitslosenquote	6
3d Ergänzer	6
4. Widersprüche und Klagen	7
5. Zielerreichung nach § 48a SGB II.....	8
6. Fazit/Ausblick	9

1. Finanzen

1a Bundesleistungen

Abbildung 1

Ausgabenart	Planung 2015	Halbjahresergebnis (Stand 30.06.2015)	Jahresendergebnis (Stand 31.12.2015)	aktuelle Differenz zum Planwert
1	2	3	4	5
1 Personal und Verwaltungskosten¹⁾	21.879.062,89 €	10.904.159,13 €	21.860.060,46 €	-19.002,43 €
2 Eingliederungsleistungen	9.498.583,31 €	4.135.497,99 €	9.205.048,84 €	-293.534,47 €
3 AlglI-Leistungen & Sozialgeld	51.541.128,77 €	25.362.255,67 €	48.947.823,51 €	-2.593.305,26 €
4 Summe der dargestellten Ausgaben	82.918.774,97 €	40.401.912,79 €	80.012.932,81 €	-2.905.842,16 €

Quelle ERP

¹⁾ Die Planwerte werden unterjährig bei den Personal- und Verwaltungskosten und im EGT angepasst.

1b kommunale Leistungen: Kosten der Unterkunft und Heizung & sonstige Leistungen

Abbildung 2

Jahr	Planung	Halbjahresergebnis (Stand 30.06.)	Jahresendergebnis (Stand 31.12.)	aktuelle Differenz zum Planwert
1	2	3	4	5
2014	53.020.600,00 €	26.675.024,68 €	52.742.825,88 €	-277.774,12 €
2015	52.767.000,00 €	25.997.210,60 €	51.653.820,05 €	-1.113.179,95 €

Quelle ERP

1c Bildung und Teilhabe (BuT)

Abbildung 3

Jahr	Planung	Halbjahresergebnis (Stand 30.06.)	Jahresendergebnis (Stand 31.12.)	aktuelle Differenz zum Planwert
1	2	3	4	5
2014	1.027.000,00 €	557.036,56 €	1.172.529,60 €	145.529,60 €
2015	1.276.200,00 €	628.060,49 €	1.333.621,17 €	57.421,17 €

Quelle ERP

Im Jahr 2015 standen für das Globalbudget des Jobcenter Braunschweig (Personal- und Verwaltungskosten plus Eingliederungsleistungen) 31.377.646,20 € zur Verfügung. Davon konnten 31.065.109,30 € verausgabt werden und somit wurde eine Ausgabequote von insgesamt 99,00 % erzielt.

Bei den Arbeitslosengeld II-Leistungen konnten 2,59 Millionen € weniger als durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales geplant ausgezahlt werden. Damit ist das Jobcenter Braunschweig eines von 5 Jobcentern in Bezirk Niedersachsen-Bremen das unter dem geplanten Ausgabevolumen lag.

Auch bei den Kosten für Unterkunft und Heizung lag eine deutliche Unterschreitung der geplanten Ausgaben um -2,1% vor.

Bei den Leistungen zur Bildung und Teilhabe konnte durch gezielte Ansprache und Information an Leistungsberechtigte eine starke Inanspruchnahme realisiert werden als ursprünglich prognostiziert wurde.

2. Wesentliche Arbeitsmarktpolitische Instrumente / flankierende Leistungen

2a Arbeitsmarktpolitische Instrumente

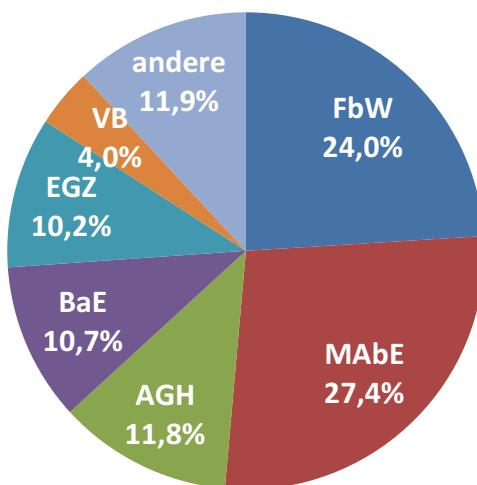
Abbildung4

Instrument	geplante Ausgaben 2015	Anteil Ausgaben 2015	Ausgaben Stand 31.12.2015	geplante Eintritte 2015	Eintritte Stand 31.12.2015
1	2	3	4	5	6
1 Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW)	2.241.188,44 €	23,6%	2.210.373,38 €	401	387
2 Aktivierung und berufliche Eingliederung (MAbE)	2.542.691,96 €	26,8%	2.522.779,34 €	1.856	1.763
3 Arbeitsgelegenheit (AGH) Mehraufwandvariante	1.127.135,31 €	11,9%	1.084.749,11 €	659	675
4 Berufsausbildung in außerbetriebl. Einrichtungen (BaE)	986.079,60 €	10,4%	984.131,00 €	40	48
5 Eingliederungszuschüsse (EGZ)	979.000,00 €	10,3%	941.498,91 €	305	286
6 Förderung aus dem Vermittlungsbudget (VB) ¹⁾²⁾	378.850,00 €	4,0%	366.257,72 €	-	-
7 Reha Ermessens- und Pflichtleistungen ¹⁾²⁾	343.800,00 €	3,6%	317.798,92 €	-	-
8 Förderung Arbeitsverhältnisse (FAV)	369.418,27 €	3,9%	355.367,37 €	30	34
9 Gutscheinverfahren (VGS) ²⁾	77.500,00 €	0,8%	76.000,00 €	-	-
10 Einstiegsgeld (ESG)	125.000,00 €	1,3%	119.431,48 €	70	85
11 Einstiegsqualifizierung (EQ)	65.000,00 €	0,7%	52.318,60 €	31	27
12 Begleitende Hilfen Selbstständigkeit ²⁾	75.200,00 €	0,8%	63.639,50 €	15	42
13 Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH)	20.000,00 €	0,2%	19.065,00 €	11	10
14 assistierte Ausbildung (AsA) ¹⁾	11.250,00 €	0,1%	6.400,00 €	-	7
15 Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei beruflicher Weiterbildung (AEZ) ¹⁾	12.000,00 €	0,1%	9.346,49 €	-	-
16 Freie Förderung ¹⁾	49.481,73 €	0,5%	40.917,66 €	-	-
17 Reisekosten allgemeine Meldepflicht ¹⁾²⁾	4.000,00 €	0,0%	2.874,24 €	-	-
18 Restabwicklung nicht mehr vorhandener Förderleistungen ¹⁾²⁾	90.988,00 €	1,0%	37.307,75 €	-	-
19 Einnahmen Forderungseinzug	- €	0,0%	- 5.207,63 €	-	-
20 Gesamt	9.498.583,31 €	100,0%	9.205.048,84 €	3.418	3.364

1) bei diesen Leistungen findet nur eine Finanzplanung, jedoch keine Eintrittsplanung statt

2) tatsächliche Eintritte können nicht über CoSach ermittelt werden, daher erfolgt die Steuerung über den Mittelabfluss

prozentuale Verteilung der tatsächlichen Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Instrumente



2b Arbeitsgelegenheiten

Die Einschätzungen aus dem Halbjahresbericht 2015 haben sich zum Jahresende durchgängig bestätigt.

Mit 13 Projekten des Instruments „Arbeitsgelegenheiten“ (AGH) konnten insgesamt 222 bis 282 Teilnehmerplätze zur Verfügung gestellt werden. Die schwankende Anzahl der Plätze erklärt sich durch unterschiedliche Beginntermine der Projekte, die in Teilbereichen jahreszeitlich bedingt sind.

Die im Halbjahresbericht erstmals in nennenswertem Umfang beschriebenen 36 Plätze des Instruments „Förderung von Arbeitsverhältnissen“ (FAV) konnten zeitnah mit 35 geeigneten Bewerbern/Innen aus zuvor absolvierten AGH Projekten besetzt werden.

Die Auslastungsquote (das Verhältnis von tatsächlichen Teilnehmern und vorhanden Plätzen), die sich über das Jahr 2015 insgesamt ergab, lag im Gesamtschnitt bei 90,1%

Auffallend im Jahr 2015 war, dass auch bei guter Auslastung der einzelnen Projekte durch krankheitsbedingte Ausfälle während der Teilnahme erhebliche Mittel der Mehraufwandsentschädigungen nicht abflossen. Gleichwohl hatte das Jobcenter in kalkulatorischer Hinsicht bereits einen geringeren Wert als 2014 für die Budgetierung der Finanzposition im Eingliederungstitel berücksichtigt.

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Geschehnisse wird im Rahmen des Planungsprozesses 2016 ein neues Projekt (Kleiderkammer) mit 10 Teilnehmerplätzen in Kooperation der Volkshochschule Braunschweig und dem Roten Kreuz geplant. Beginntermin soll der 01.02.2016 sein.

Bezogen auf die Gesamtplatzzahl aller Arbeitsgelegenheiten wurde für 2016 berücksichtigt, dass dem Personenkreis des zum 31.12.2015 beendeten Bundesprojektes Perspektive 50 plus in Braunschweig auch zukünftig ein entsprechender Anteil von AGH Plätzen in den Projekten zur Verfügung steht. Die Platzzahlen der betroffenen Projekte werden somit im Jahr 2016 angepasst.

2c flankierende Leistungen

Die flankierenden Leistungen (begleitende und unterstützende Hilfen) werden in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Der deutliche Zunahme bei der Schuldnerberatung und den ärztlichen Gutachten lässt sich dadurch begründen, dass durch die Implementierung des beschäftigungsorientierten Fallmanagements bei den Bestandskunden der Bedarf differenzierter erkannt und durch die engmaschige Betreuung der Kunden auch schneller realisiert wird.

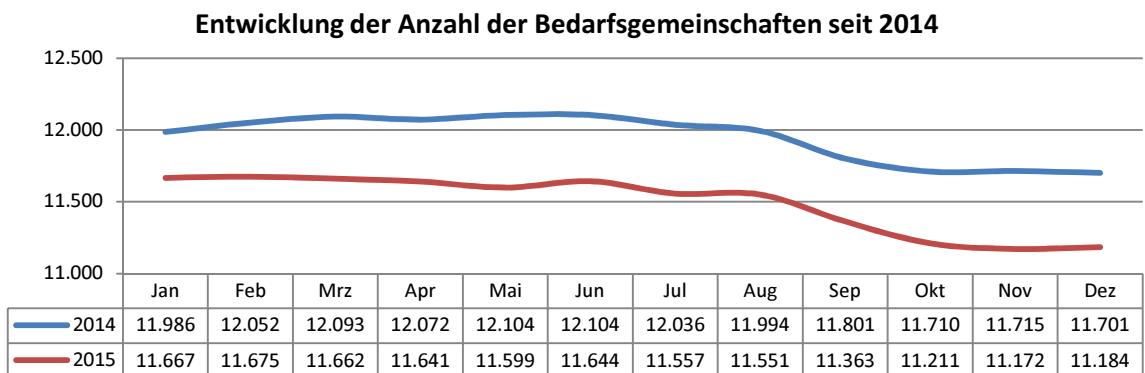
Abbildung 4

Flankierende Leistung	Art	2014	2015	Differenz 2014/2015
1 Schuldnerberatung	Bewilligungen	237	369	132
2 Ärztlicher Dienst	Fälle	1.786	1.881	95
3 berufspychologischer Service	Fälle	422	403	-19
4 Suchtberatung (Lukas-Werk)	Fälle	52	45	-7
5 psychosoziale Beratung	Fälle	130	154	24

3. Statistik

3a Bedarfsgemeinschaften

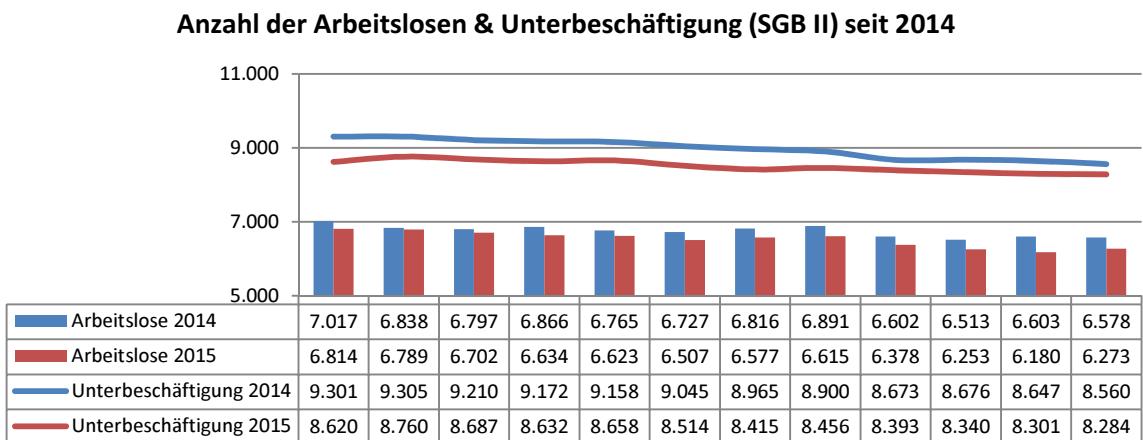
Abbildung 5



In 2015 konnte die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (BG) wie schon im Vorjahr signifikant verringert werden. In diesem Jahr fiel der Rückgang aufgrund der anhaltend guten Konjunkturlage sogar noch deutlicher aus, was durch den gezielten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente noch verstärkt werden konnte.

3b Arbeitslose und Unterbeschäftigung

Abbildung 6

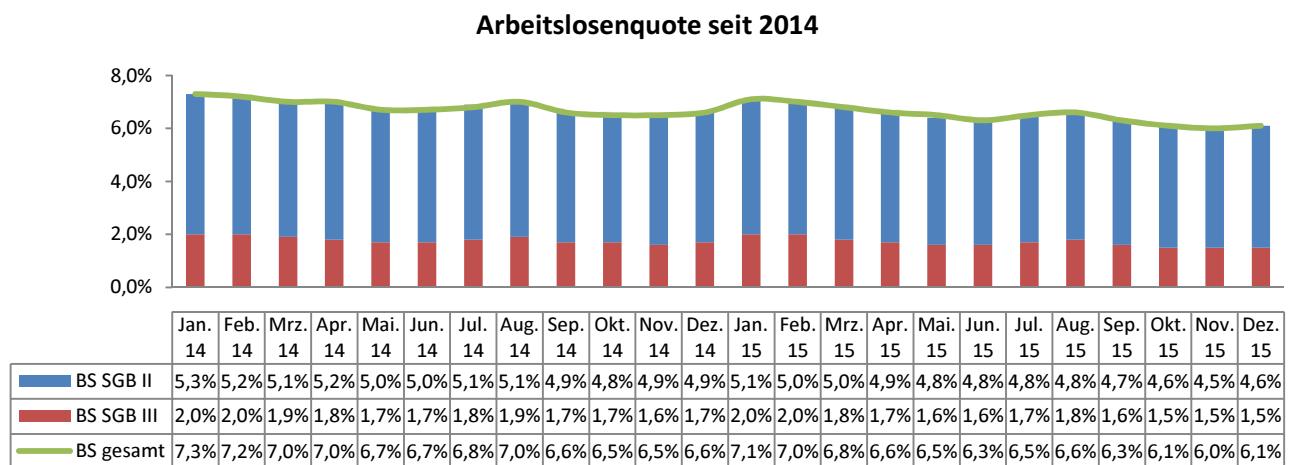


Die Anzahl der Arbeitslosen konnte seit Jahresbeginn um -4,1% (absolut -336) gesenkt werden.

Die Anzahl der Arbeitslosen beinhaltet nicht die Zahl derer, die z.B. zeitweise arbeitsunfähig sind oder an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen. Werden diese zur Anzahl der Arbeitslosen hinzugerechnet, erhält man die sogenannte Unterbeschäftigung. Personen in der Unterbeschäftigung haben ihr Beschäftigungsproblem noch nicht gelöst und ohne diese Maßnahmen wären sie arbeitslos. Hier konnte die Anzahl seit Jahresbeginn um -8,7% (absolut -741) reduziert werden.

3c Arbeitslosenquote

Abbildung 7



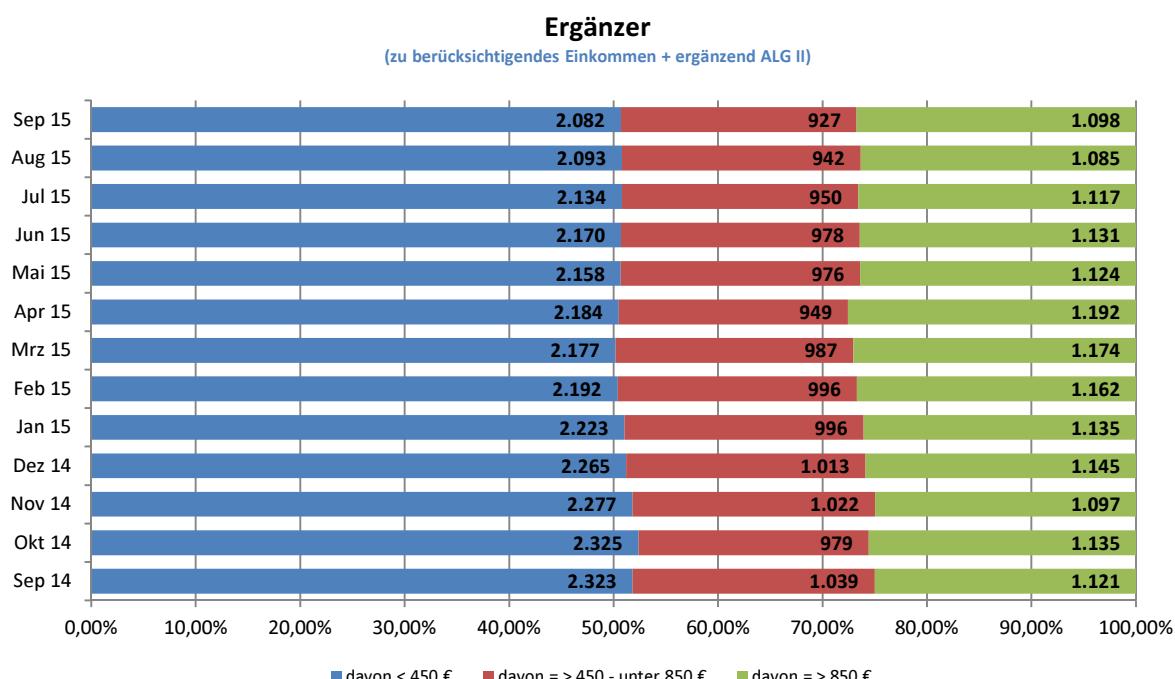
Die Arbeitslosenquote (Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtzahl der zivilen Erwerbspersonen) in Braunschweig ist von 7,1% im Januar 2015 auf 6,1% im Dezember 2015 gesunken (s. Abb. 8) und liegt damit weiterhin deutlich unter den Quoten der Vorjahre. Zudem konnte das Jobcenter Braunschweig mit einer Arbeitslosenquote im Rechtskreis SGB II von 4,5% im November 2015 die niedrigste Quote seit Bestehen der getrennten Rechtskreise verzeichnen.

3d Ergänzer

Ergänzer sind Personen, die Einkommen aus Erwerbstätigkeit erzielen und ergänzende Leistungen aus Arbeitslosengeld II (ALG II) beziehen.

Abbildung 8

(Daten für diesen Personenkreis stehen bisher nur bis September 2015 zur Verfügung)

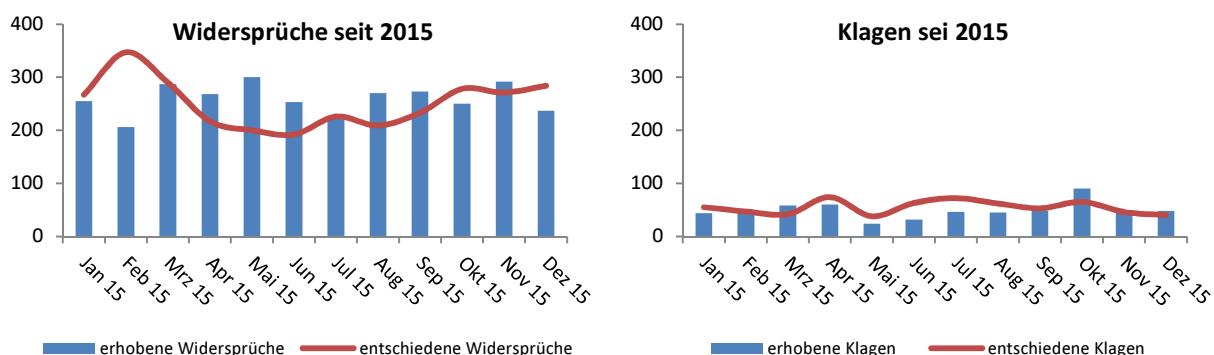


Die Anzahl der Personen, die trotz Erwerbstätigkeit ergänzende Leistungen beziehen, ist vom September 2014 von 4.423 auf 4.216 im September 2015 um 4,9% gesunken. Innerhalb der Einkommensklassen ist vor allen die deutliche Reduzierung des Anteils mit Einkommen unter 450 € auf 49% (im Vorjahresmonat 52%) auffällig. Erste Auswirkungen des Mindestlohngesetztes können hieraus abgeleitet werden.

- 49 % (2.082) erzielen ein Einkommen unter 450 €
- 22 % (943) erzielen ein Einkommen zwischen 450 und 850 €
- 28% (1.194) ein Einkommen über 850 €.

4. Widersprüche und Klagen

Abbildung 9



Die Zugangszahlen im Widerspruchsbereich liegen auf dem Niveau des Vorjahrs (Zugänge 2014: 3.184; Zugänge 2015: 3.116). Der Bestandsabbau ist jedoch noch nicht im ausreichenden Maße gelungen. Hier fällt entscheidend die hohe Personalfliktuation in der Rechtsstelle mit den damit verbundenen Einarbeitungen neuer Kräfte ins Gewicht. Ferner sind der reduzierte Personalbestand und die unterjährig krankheitsbedingten Abwesenheiten ein nicht unerheblich beeinflussender Faktor. Für 2016 ist Ziel, den Bestand der unerledigten Widersprüche sukzessive abzubauen.

Der Zugang der Klagen ist abhängig von den jeweiligen Widerspruchentscheidungen. Bei einer durchschnittlichen Stattgabekurve (Anteil der ganz oder teilweise stattgegebenen Widersprüche an allen erledigten Widersprüchen) von 32,4% entsprechen die teilweisen Abhilfen bzw. zurückgewiesenen Widersprüche ca. 52,9% (1.725) aller Erledigungen. Die Stattgabekurve bezüglich der vollen Stattgaben liegt bei 25,2% im Jahresdurchschnitt.

Trotz der weiterhin hohen Zurückweisungsquote stagniert der Zugang der Klagen im Jahr 2015. Die Anzahl der erhobenen Klagen war im Jahr 2015 mit einem Zugang von 593 Klagen um 11 Klagen niedriger als im Jahr 2014 (604 Klagen), dies entspricht einer Senkung um -1,8%. Mit einer durchschnittlichen Erledigungsquote von 106,2% konnte der Bestand der Klagen aber kontinuierlich abgebaut werden, die Erfolgsquote betrug hier im Jahresdurchschnitt 55,5%.

5. Zielerreichung nach § 48a SGB II

Im Zuge der Neuorganisation des SGB II wurde in 2010 für alle Jobcenter (zugelassene kommunale Träger und gemeinsame Einrichtungen) eine neue gemeinsame Datenbasis für die Zwecke des öffentlichen Vergleichs der Leistungsfähigkeit sowie als Datengrundlage für die Zielvereinbarungen definiert (§ 48a SGB II). Die Umsetzung erfolgt seit 01.01.2012. Es werden, abgeleitet aus § 1 SGB II, folgende Steuerungsziele betrachtet (zur Erläuterung der Ziele siehe Mitteilung 4 „Zielplanung“):

- die "Verringerung der Hilfebedürftigkeit",
- die "Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit" und
- die "Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug".

Hierfür werden jeweils revidierte Statistikdaten, d.h. Daten nach 3-monatiger Wartezeit zur Verfügung gestellt. So konnten im September 2015 folgende Ergebnisse erreicht werden:

Abbildung 10



Zu den einzelnen Zielen wird im Rahmen eines Benchmarks ein Ranking aufgestellt (siehe Ränge in Abbildung 11). Das Jobcenter Braunschweig ist im Vergleichstyp IIIb klassifiziert (überwiegend städtische bzw. verstädterte Region mit hohen Wohnkosten, Dienstleistungsarbeitsmärkten und geringer Arbeitsplatzdichte).

6. Fazit/Ausblick

Die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften und der Leistungsempfänger verlief im Jahr 2015 weiterhin positiv. Durch die gute Entwicklung des Arbeitsmarktes und dem anhaltenden Konjunkturaufschwung in der Region erreichte die Arbeitslosenquote für den SGBII-Bereich in Braunschweig im November 2015 mit 4,5 % ein historisches Tief.

Im zweiten Halbjahr 2015 wurde das Konzept zur Neuausrichtung des gemeinsamen Arbeitgeber-Service (AG-S) erstellt und umgesetzt. Zur gezielteren und passgenaueren Vermittlung von Kunden aus dem Rechtskreis des SGBII wurden Mitarbeiter des AG-S in den Räumlichkeiten des Jobcenters Braunschweig eingesetzt und eng mit den Teams der persönlichen Ansprechpartnern verzahnt.

Als erstes Fazit konnte für das Jobcenter Braunschweig im Verlauf des zweiten Halbjahres eine deutliche Erhöhung des Kundenkontakts vor Erstellung eines Vermittlungsvorschlags auf der einen bei gleichzeitiger Steigerung der Erfolgsquote bei Vermittlungsvorschlägen auf der anderen Seite gezogen werden. Dies wurde bei einer zeitgleichen Reduzierung erstellter Vermittlungsvorschläge um bis um die Hälfte im Vergleich zum Vorjahr erreicht.

Hinzu kommt eine deutlich bessere Kommunikation und Arbeitszufriedenheit bei den Mitarbeitern aus beiden Arbeitsgebieten.

Für das Jahr 2016 steht zum einen die Umsetzung des Bundesprogramms „Aktivieren, Beraten, Chancen“ mit bewährten Ansätzen aus dem Projekt 50TOP!, intensiver Beratung durch beschäftigungsorientiertes Fallmanagement, Gesundheitsorientierung und aufsuchende Sozialarbeit an.

Zum anderen soll nach erfolgreicher Pilotierung der elektronischen Akte (eAkte) in 6 verschiedenen Jobcentern diese im gesamten Bundesgebiet eingeführt werden. Im Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen wird dies in mehreren Wellen erfolgen. Für das Jobcenter Braunschweig ist die Einführung im August 2016 geplant. Dem wird eine 6-monatige Vorbereitungs- und Einführungsphase vorausgehen, in der neben der Mitarbeiterqualifizierung die Beschreibung und Anpassung interner Arbeitsprozesse an die eAkte im Fokus stehen wird.

Die aktuelle Flüchtlingssituation wird ebenfalls in 2016 spürbare Auswirkungen auf die Jobcenter haben. Die Anforderungen an die Mitarbeiter/innen im Bereich der interkulturellen Kompetenz werden steigen. Aber auch der Umgang mit z.T. traumatisierten Flüchtlingen stellt eine Herausforderung für die Beschäftigten dar.

Aus diesem Grund wird ein speziell auf diese Personengruppe ausgerichtetes Team im Jobcenter Braunschweig eingerichtet.

Diese Herausforderungen bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Ablauf- und Organisationsstruktur des Jobcenters Braunschweig.

Insbesondere im Bereich Markt- und Integration erfolgt zu Beginn 2016 eine grundlegende Neuorganisation unter Einbeziehung des gemeinsamen Arbeitgeberservice um auf die veränderten Aufgaben zu reagieren.

So erfolgt eine Neuaufstellung in einen neukundenorientierten Bereich mit zusätzlichem Schwerpunkt auf die Flüchtlinge und einen bestandskundenorientierten Bereich mit zusätzlichem Schwerpunkt auf die Langzeitarbeitslosen.

gez. Hornburg
- Geschäftsführer -